Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7014**
14. Wahlperiode 02. 10. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4641 –

Gesamtkonzeption für Berliner Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur notwendig

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis Mai 2001 eine Gesamtkonzeption zur Sicherstellung der Finanzierung zur Erhaltung der Zentralen Gedenkstätten in Berlin für die Opfer der SED-Diktatur – der Mauergedenkstätte und Dokumentationszentrum Bernauer Straße, der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen und der Staatssicherheitszentrale in der Normannenstraße – auszuarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags, da kein Handlungsbedarf gesehen wird und Gedenkstätten darüber hinaus Angelegenheit der Länder sind.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/4641 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2001

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Griefahn
Vorsitzende

Angelika Krüger-Leißner
Berichterstatterin

Margarete Späte
Berichterstatterin

Dr. Antje Vollmer
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Heinrich Fink
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Angelika Krüger-Leißner, Margarete Späte, Dr. Antje Vollmer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Heinrich Fink

I. Beratungsverlauf

Der Antrag auf Drucksache 14/4641 ist in der 143. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2001 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner Sitzung am 7. März 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 14. Februar 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der federführende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und ihn mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis Mai 2001 eine Gesamtkonzeption zur Sicherstellung der Finanzierung zur Erhaltung der Zentralen Gedenkstätten in Berlin für die Opfer der SED-Diktatur auszuarbeiten.

III. Ausschussberatungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass bisher lediglich die Grundlagen der Gedenkstätten finanziell gesichert seien. Zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit und einer ordentlichen Ausstattung sei zunächst ein Bericht der Bundesregierung zur aktuellen Lage notwendig. Sie hob hervor, dass es nicht um die Frage der Zuständigkeit von Bund oder Ländern nach dem Gedenkstättenkonzept gehe, sondern darum, ob eine bestimmte Verantwortung wahrgenommen werden solle.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die unterschiedliche Problematik der drei Gedenkstätten hin: Beim Denkmal Berliner Mauer liege der nächste Schritt beim Land Berlin, für die Normannenstraße sei bereits eine Fachkommission eingesetzt, deren Ergebnisse es abzuwarten gelte und bei der Gedenkstätte Hohenschönhausen sei momentan Handlungsbedarf nicht ersichtlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass die Gedenkstätten in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal dauerhaft auf eine solide Finanzierungsbasis gestellt worden seien und ein weiteres Drängen deshalb nichts bringe.

Die **Fraktion der FDP** hielt einen Handlungsbedarf in dieser Frage unbedingt für gegeben und schlug dazu vor, dass zunächst ein Bericht der Bundesregierung angefordert werden sollte.

Berlin, den 25. September 2001

Angelika Krüger-Leißner Berichterstatterin	**Margarete Späte** Berichterstatterin	**Dr. Antje Vollmer** Berichterstatterin
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Berichterstatter	**Dr. Heinrich Fink** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333